

Entwicklungshilfe

Minister Niebel reformiert sich Einfluss herbei

Entwicklungsminister Dirk Niebel will die staatlichen Organisationen stärker politisch steuern. Eine Reform soll die Macht des Ministers vermehren

© Luong Thai Linh/dpa/EPA



Bei einem Besuch in Vietnam sprach Entwicklungsminister auf einer Konferenz über Kooperation und Karriere. In Deutschland treibt er den Zusammenschluss von drei staatlichen Organisationen voran

Der Minister stellt sich im Konferenzraum im 11. Stock den Fragen der Hauptstadtresse. Wie fast immer, muss er sich verteidigen. Hinter ihm steht ein Transparent mit dem Slogan "Gemeinsam Zukunft", neben ihm ein Staatssekretär. Das Wort gemeinsam passt zur Botschaft, die Niebel verkündet: Er will drei Entwicklungsorganisationen zu einer neuen Gesellschaft verschmelzen. Der Minister kämpft für ein umstrittenes Projekt.

Um die Kritiker zu überzeugen, sucht Dirk Niebel nach einem passenden Bild um die aktuellen Probleme zu benennen. Er wird im Tierreich fündig: In der deutschen Entwicklungsarbeit sei nicht klar, ob der Hund mit dem Schwanz oder der Schwanz mit dem Hund wedelt.

Auch wenn der Minister es nicht klar benennt, geht er momentan davon aus, dass der Schwanz mit dem Hund wedelt. In seinem Bild ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) der Hund und die Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) der Schwanz. Niebel will, dass das Verhältnis anders

wird. "Wir müssen die politische Steuerung stärken", sagt er. "Die Mittel sollen effektiver eingesetzt und die Schlagkraft erhöht werden."

Niebel, [der für seinen Familienhund eine eigene Website eingerichtet hat](#) und von [seiner Abgeordnetenhomepage darauf verlinkt](#), kennt sich unbestritten mit Haustieren aus. In der Entwicklungspolitik werfen ihm seine Kritiker seit seinem Amtsantritt vor, dass es ihm an Kompetenz fehlt. Dass er vor der Bundestagswahl noch die Abschaffung des Entwicklungsministeriums forderte und verlangte, keine finanzielle Hilfe an Schwellenländer wie Indien zu leisten, mag damit zusammenhängen. Auch, dass er wichtige Posten im BMZ mit Parteifreunden besetzte, sorgte für Kritik. Und dass der Minister bei seinen beiden Reisen nach Afrika demonstrativ eine alte Mütze der Gebirgsjäger aus seiner Bundeswehr-Zeit aufsetzte, trug nicht zu einer Imageverbesserung bei. Doch für sein wichtigstes Projekt bekommt er sogar zögerlichem Zuspruch aus dem Lager des politischen Gegners.

Der FDP-Politiker will drei wichtige staatliche Entwicklungsgesellschaften fusionieren. Damit plant Niebel die größte Reform der deutschen Entwicklungshilfe seit Jahrzehnten. Bereits in den Koalitionsverhandlungen beschlossen Union und FDP, das so genannte deutsche Vorfeld umzubauen. Damit sind die Durchführungsorganisationen gemeint, die im Auftrag von Ministerien und Behörden im Ausland Projekte realisieren. Noch in diesem Jahr will Niebel die Pläne abgeschlossen haben.

"Unsere Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern wird so wirksamer und sichtbarer", sagt Niebel. "Das liegt im Interesse unserer Partner. Das liegt aber auch im Interesse Deutschlands." Vor der Sommerpause möchte er dem Kabinett ein fertiges Konzept vorlegen. Doch noch sind viele Details offen. Fest steht, dass die neue Gesellschaft zu 100 Prozent in Bundesbesitz bleibt und dass die Reformen weniger einschneidend werden, als von Experten gefordert.

Vorherige Regierungen waren mit ihren Fusionsplänen gescheitert. Zu Beginn der vergangenen Legislatur gab die Regierung bereits ein Gutachten in Auftrag, das einen Zusammenschluss der Entwicklungsbank der Kreditanstalt für Wiederaufbau und GTZ prüfen sollte. Dann verwarf Niebels Amtsvorgängerin Heidemarie Wieczorek-Zeul die Pläne. Offiziell wurde die Reform abgeblasen, weil die rechtlichen Probleme beim Zusammenschluss zwischen einer Bank und einer Organisation zu groß seien. Inoffiziell nennen Beteiligte dafür vor allem die sehr erfolgreiche Lobbyarbeit der betroffenen Institutionen als Grund.

Die Entwicklungsunternehmen wirken jenseit der großen Aufmerksamkeit. Sie tragen komplizierte Namen und unscheinbare Abkürzungen: Neben der GTZ sind vor allem der DED (Deutscher Entwicklungsdienst), die Internationale Weiterbildung und Entwicklung gemeinnützige GmbH (Inwent) und das Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM). Zudem gibt es spezialisierte Durchführungsorganisationen wie die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) oder die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB).

Niebel will zunächst GTZ, DED und Inwent zusammenlegen. So will er auch das Ziel der Regierungsparteien umsetzen, der Bildung in der Entwicklungspolitik eine stärkere Rolle zu geben. Wie wichtig ihm die Reform ist, soll er den Chefs der drei Organisationen persönlich klar gemacht haben. Die Geschäftsführer begleiteten den Minister im März auf einer Reise nach Vietnam. Während der Tour sei informell beraten worden, hieß es im BMZ. "Alle Organisationen unterstützen diesen Kurs", zog Niebel ein optimistisches Fazit. Es sei eine

Reform von unten, weil die Beteiligten von Anfang an mitreden würden. Und er betont, dass es primär nichts ums Einsparen bei Finanzen und Personal gehe.

Eine Privatisierung der Gesellschaften, über die in der FDP nachgedacht wurde, ist vom Tisch. Auch Niebel habe erkannt, dass GTZ und Co. im Ausland durchaus einen guten Ruf haben. In Vietnam beeindruckte Niebel, dass die australische Regierung sich mit Geld an der Arbeit der GTZ beteiligt. Dass die Organisation auch Drittmittel aus dem Ausland einwirbt, lobt Niebel. Das soll die neue Gesellschaft ebenso machen.

Die Diskussion um den neuen Namen sei "noch sehr intensiv", so Entwicklungsminister Dirk Niebel.

Mit den angestrebten Änderungen werde diese Arbeit jedoch nicht einfacher, befürchten GTZ-Mitarbeiter. Mit einem neuen Namen für die neue Gesellschaft eine erfolgreiche Marke beschädige, heißt es bei der GTZ in der Zentrale in Eschborn. In diesem Punkt scheinen die Widerstände am größten zu sein. Niebel nennt die Diskussion um den Namen "noch sehr intensiv".

Der Minister fordert die drei Organisationen auf, auf "Augenhöhe" zu verhandeln, was ebenfalls bei der GTZ keine Freude verursachen dürfte. Schließlich ist die GTZ sehr viel größer als die Partner. Sie setzt weltweit mehr als 2000 Projekte in 130 Ländern um. Die GTZ unterstützt in Afghanistan Landwirte, in Tunesien die Nutzung regenerativer Energien, in Nepal die Stadtentwicklung und in Jemen die Dezentralisierung der Abfallwirtschaft.

Selbst im Vergleich mit dem Ministerium wirkt die GTZ wie ein Gigant: Dort arbeiten 13.000 Mitarbeiter – im BMZ gerade einmal 600, von denen 60 von der GTZ angemietet wurden. Um beim Bild von Dirk Niebel zu bleiben: Wenn das BMZ heute der Hund sein will, dann wäre es ein Chihuahua mit dem Schwanz eines Mähnenwolfes.

Gerade in der FDP sorgte der große Einfluss der GTZ im Ministerium für Unmut. Der damalige entwicklungspolitische Sprecher der Liberalen, Hellmut Königshaus, kritisierte vor der Wahl noch den "Reformstau in der deutschen Entwicklungspolitik" und kritisierte, dass GTZ-Mitarbeiter sich im Ministerium quasi selbst die Aufträge schreiben könnten. Der Minister spricht von "der grauen Armee" in seinem Haus.

Auch der Bundesrechnungshof rügte die Praxis, dass das BMZ sich Mitarbeiter ausliehe. Niebel sagt, dass diese Praxis teurer sei, als wenn sein Ministerium die Fachleute selber anstellen würde. Und genau das hat er nun vor.

Zusätzlichen Sachverstand kann er für seine Pläne gut gebrauchen. Der Minister weiß, dass die Reform schwierig wird. Die Unterschiede zwischen den Gesellschaften sind groß. So haben die drei Unternehmen verschiedene Haustarif. Zudem arbeitet der DED auch mit freiwilligen, unbezahlten Entwicklungshelfern zusammen. Die GTZ setzt aber auf Profis.

Das BMZ versucht, dass die Reform möglichst wenig weh tut. Deswegen sollen die Firmensitze der GTZ in Eschborn und des DED in Bonn ebenso bestehen bleiben, wie die Standorte von Inwent. Ob es eine Zentrale geben wird, oder mehrere Hauptsitze bleibt offen. Ein Umzug nach Berlin wurde verworfen.

„Viele Fragen sind im Niebelschen Nebel verschleiert und unklar“, so Ute Koczy von den Grünen

Der Opposition gehen die Pläne des Ministers nicht weit genug. Die Grünen fordern nun, nicht auf halbem Weg stehen zu bleiben. "Viele Fragen sind im Niebelschen Nebel verschleiert und unklar", sagt Ute Koczy, Sprecherin der Grünen für Entwicklungspolitik. Sie fragt: "Was wird der Gewinn der Fusion sein?" und "Wird das Bundesministerium nachher tatsächlich steuerungs-fähiger sein, wenn die KfW und damit die finanzielle Entwicklungszusammenarbeit bei der Reform außen vor gelassen wird?" Den Zusammenschluss von technischer und finanzieller Durchführungsorganisation traue sich der Minister wohl nicht zu.

Nebel entgegnet seinen Kritikern, dass Schwarz-Gelb in der Entwicklungspolitik bereits jetzt mehr geleistet habe, als Vorgängerregierungen in vier Jahren. Er räumt aber auch ein, dass der Zeitplan "ehrgeizig" sei. "Für diese Legislatur ist die Reform der Schritt, den wir gehen müssen", sagt der Minister. Wenn diese Hürde genommen ist, schließt er weitere Reformen nicht aus. Im Januar 2011 soll die neue Gesellschaft in den veränderten Strukturen ihre Arbeit aufnehmen. Ob der Hund dann vor Freude mit dem Schwanz wedelt, oder ihn zwischen den Beinen einklemmt, bleibt ebenso offen, wie der neue Name.